

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/114: 18.10.1948 – 20.01.1949

18.10.1948

WBZ: US-Präsident Truman erklärt am 18. Oktober 1948 in Miami (x112/608): >>Wir werden immer für den Frieden wirken; dagegen wird unser Land niemals zu einem Kompromiß über die Grundsätze der Freiheit und der Menschenrechte bereit sein. ...<<

20.10.1948

WBZ: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

22.10.1948

SBZ: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besetzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besetzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als

Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle mußte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ...

Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.

... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

24.10.1948

Berlin: Die Zeitschrift "Ost und West" erinnert am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.

Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<

28.10.1948

WBZ: Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wird in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.

2 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhalten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle spricht der US-Militärgerichtshof frei.

Das US-Kriegsgericht stellt damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.

Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.

Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernststen Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...

Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...

Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...

Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...

Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<

Der Nürnberger OKW-Prozeß wird in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigt (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Oberkommando der Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.

Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Oberkommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtführungsamt (ab 1940 Wehrmachtführungsstab) unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.

Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.

Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten empfahl.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).

Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.

Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.

Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadenweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgenerälen (Alliierte Gerichte)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgeneräle des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).

Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtsgeneräle (x078/96-98,111,116):

>>a) in der Sowjetunion hingerichtet

Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,
Generalleutnant Karl Burckhardt,
Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,
Generalmajor Wolf Ewert,
Generalmajor Adolf Hamann,
Generalmajor Emil Just,
Generalmajor Hans Küpper,
Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,
Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,
Generalmajor Bonislaw Pawel,
Generalleutnant Rudolf Peschel,
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,
Generalmajor Heinrich Remlinger,
Generalleutnant Johann-Georg Richert,
Generalmajor Ruoff,
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,
Generalmajor Hermann Werther,
Generalleutnant Hermann Winkler

b) in Jugoslawien hingerichtet

General Heinrich Danckelmann,

Generalleutnant Adolf Fischer,
Generalmajor Ludwig Fischer
General Martin Fiebig,
Generalmajor Johann Fortner,
Generalmajor Hans Gravenstein,
Generalleutnant Hans von Hösslin,
Generalleutnant Joseph Kübler,
General Ludwig Kübler,
Generaloberst Alexander Löhr,
Generalmajor Adalbert Lontschar,
General Hartwig von Ludwiger,
Generalleutnant Fritz Neidholdt,
Generalleutnant Neuhaus,
Generalmajor Harald Turner,
Konteradmiral Waue,
Generalmajor Eugen Wurster

c) in Griechenland hingerichtet

General Bruno Bräuer,
General Friedrich Wilhelm Müller

d) in Italien hingerichtet

General Anton Dostler

e) in Nürnberg hingerichtet

Generaloberst Alfred Jodl,
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwältin, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.

Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinlegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.

Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.

Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".

Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<
Konrad Adenauer erklärt am 28. Oktober 1948 während der CDU-Zonenausschußsitzung in

Königswinter (x112/614): >>Die Wahlen zum ersten Bundestag sind von der entscheidenden Bedeutung für die drei Westzonen, für Deutschland und für den christlichen Gedanken.

Die erste Bundesregierung hat die große Aufgabe, die Fundamente für einen Aufbau zu legen, der auf lange Zeit hinaus Geltung haben wird. Wenn es nicht gelingt, eine auf christlichem Boden stehende Mehrheit zu schaffen, dann ist die Rettung des christlichen Gedankens in Europa sehr in Frage gestellt. ...

Das deutsch-französische Verhältnis ist die entscheidende aller Fragen und verdient größte Aufmerksamkeit. ... In der Frage der europäischen Föderation müssen wir antreibend wirken, da hier die einzige Möglichkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands liegt.<<

01.11.1948

WBZ: Konrad Adenauer bittet den Kölner Kardinal Frings (1887-1978) bzw. die katholische Kirche am 1. November 1948 in einem Brief, die CDU/CSU bei den zukünftigen Wahlen zu unterstützen (x112/616): >>... Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen (zum ersten Deutschen Bundestag, die zu diesem Zeitpunkt für März-April/Mai 1949 vorgesehen sind) eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und unduldsam eingestellt ist.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/78-82): >>1. November 1948. Eine graue Nebelschicht liegt über dem Lager, hüllt die Baracken ein, dämpft das Geräusch der in der Nähe vorbeifahrenden Züge. Hier öffnet sich eine Tür, dort werden Schritte auf den Gängen laut. Gestalten sind zu sehen, die mit Seife und Handtuch der Waschbaracke zustreben.

Ein Tag in Friedland hat begonnen.

... In den Baracken erheben sich die müden Schläfer von den Feldbetten. ... Andere bleiben auch liegen. Sie haben nichts zu versäumen. Wer weiß, was dieser Tag bringen wird. Vielleicht einen Freifahrtschein nach dem Lager Aurich. Möglicherweise auch eine Einweisung für irgendein Dorf in Oldenburg. Es kommt alles noch früh genug. Hier hatte man zunächst einmal sein Bett und sein Essen. Mehr braucht der Mensch unseres Jahrzehnts offenbar nicht, um zufrieden zu sein.

In der Lagerleitung ist überall Licht gemacht worden. Die Angestellten nehmen die Arbeit auf.

...

Während alles noch schlief, wurde in der Küchenbaracke bereits tüchtig gearbeitet. Kaffee muß für viele hundert Menschen gekocht werden. Und dann sind Vorbereitungen zu treffen, damit gegen Mittag das Essen ausgegeben werden kann. Gute, schmackhafte Hausmannskost. Frauen sitzen in einer Ecke und schälen Kartoffeln. Die Feuer unter den großen Kesseln werden kräftig geschürt. ...Man muß sich sputen um rechtzeitig fertig zu sein. Essen ist eine sehr wichtige Angelegenheit für Menschen die Hunger haben. Und nicht nur für die. ...

In Baracke VI ist, wie überall, die trostlose Morgenstimmung eingetreten. Diese Morgenstunden sind schlimm. Man ist aufgewacht, hat sich einigermaßen recht und schlecht gewaschen und gekämmt, hat sich warmen Kaffee geholt und eine Kleinigkeit dazu gegessen. Und nun sitzt man da um den großen Tisch und wartet - wartet wieder wie gestern und vorgestern auf das, was da kommen soll. ...

Zwei Kinder spielen wie verloren in einer Nische. Sie haben irgendwo eine Puppe, ein armseeliges Holzding, herbekommen und versuchen, alte Flicker in Puppenkleidung umzuwandeln.

...

Die Frauen ... empfinden dieses Warten als besonders bedrückend. Trotzdem fügen sich Frauen besser als Männer in die Regeln und ungeschriebenen Gesetze des Lagers ein. ... Männer begehren schnell auf, werden laut, lassen sich nicht belehren, wollen mit dem Kopf durch die Wand. Sie sind manchmal "ganz unten", müssen wieder aufgerichtet werden, hatten so viel

Mut und sind doch so mutlos geworden.

Frauen sind zäher, härter im Nehmen, verlieren nicht so schnell die Beherrschung, haben weiter ihre Sorge um die Familie und müssen nun auch noch auf den Mann aufpassen. Sie versuchen die Kleidung auszubessern, sehen immer wieder den Inhalt der Koffer, Kisten und Rucksäcke nach, versuchen den Baracken ihre tödliche Leere zu nehmen, indem sie dort ein paar Blumen hinstellen, hier zwei Betten versetzen und dadurch einen Hauch von Gemütlichkeit hervorzaubern.

Frauen verstehen durch einige Handgriffe toten Gegenständen Wärme einzuflößen. Diese Eigenschaft wird ihnen mit in die Wiege gelegt. Das haben sie von den Müttern gelernt. Und sie wenden diese Gaben an. Überall in der Welt. So auch hier. In Friedland. In den armseligen Baracken.

Über den Lautsprecher kommt der Ruf, daß Mittagessen empfangen werden kann. Sogleich gehen die Türen auf, kommen Männer, Frauen, Kinder mit Schüsseln und Töpfen zum Vorschein, eilen zur Lagerküche und stellen sich an. Die Schlange entsteht. Wie jeden Tag um diese Zeit. ...

Der Nachmittag beginnt. Manche liegen auf den Betten und schlafen. Andere ... erkundigen sich nach den Möglichkeiten in Westdeutschland, schreiben Briefe. Es gibt lange Nachmittage, die kein Ende nehmen wollen.

Abends sitzen die Menschen in den Baracken am Ofen, rücken noch etwas näher, weil der Novemberwind kalt und eisig durch die Ritzen zu dringen vermag, erzählen sich etwas von der Heimat. ...

In der Lagerleitung (löscht man) die Lichter aus. Eins nach dem anderen. Es ist spät geworden. Und der Tag war lang. Hier geht noch eine Tür. Es wird still im Lager. ...

Die Betten werden zurecht gemacht, man wickelt sich in die Decken und versucht einzuschlafen. Es gelingt nicht allen. Wenn es dunkel ist, kommen die Gedanken geschlichen und bestürmen die Menschen. Kommt die Erinnerung und ruft in ihnen wach, was sie verloren, was sie durchlitten, was sie erlebten. ...

Ein Tag in Friedland geht zu Ende.<<

03.11.1948

WBZ: Der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates entscheidet sich am 3. November 1948 für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

05.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 5. November 1948 vierzehn verurteilte NS-Verbrecher hingerichtet.

12.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 12. November 1948 fünfzehn verurteilte KZ-Aufseher gehängt.

28.11.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 28. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/82): >>28. November 1948. Nach dem Gottesdienst, in einer Wellblechbaracke, die als Lagerkapelle eingerichtet wurde, blieben ein Mann und eine Frau an der hinteren Wand stehen. Als die Mehrzahl der Gläubigen den Raum verlassen hatte, schritten die beiden weiter nach vorn, setzten sich dort und sahen zu dem Gekreuzigten auf.

... In den stark verarbeiteten Händen hielt der Mann einen schwarzen Hut, wie ihn die Deutschen in Siebenbürgen zu tragen pflegten. ...

Die beiden, offenbar ein Ehepaar, saßen da, losgelöst von der Umwelt, weit weg vom Lager und hielten ohne Scheu lautlose Zwiesprache mit dem, der über den Dingen und Geschehnissen steht. Nach einer Weile standen sie auf, gingen gemessenen Schrittes zum Ausgang und verschwanden dann in einem der Barackengänge.

... Nirgendwo, so scheint mir, ist in diesen Jahren inbrünstiger und heißer gebetet worden, als in dieser unscheinbaren, kleinen, dürrtigen Kapelle in Friedland.<<

30.11.1948

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") wird am 30. November 1948 aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht.

Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

WBZ: Die "Mainpost" stellt am 30. November 1948 die Frage: "Ist es wieder so weit?" (x043/341): >>Dr. Eugen Kogon, bekannt geworden durch die Herausgabe des Buches "Der SS-Staat", hat in einer Pressekonferenz in Frankfurt über eine angeblich bereits in Gang befindliche Remilitarisierung Westdeutschlands berichtet.

Dieser Behauptung ist inzwischen, besonders auch von alliierter Seite, nicht nur widersprochen worden, sie hat auch eine große Diskussion über die Frage, ob die verbliebene deutsche Wehrkraft zur Verteidigung des Westens eingesetzt werden soll, ausgelöst. ...

Wie nun denkt der sog. "Kleine Mann von der Straße" über diese Angelegenheit? ... "Man hat uns jahrelang über die Schlachtfelder Europas gehetzt, durch Blut und Grauen, und nach weiteren Jahren hinter Stacheldraht glauben wir, ein Recht auf endgültigen Frieden zu haben. ...

Wer soll schon wieder verteidigen? Wir "Kleinen Männer", die bereits Millionen unserer Brüder in den Massengräbern Europas zurückgelassen haben - auf uns rechnet man bereits wieder. ...

Wir wollen für keine Parole verbluten. Wir wollen weder am Rhein, noch an der Elbe oder sonstwo krepieren." ...<<

November 1948

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1") wird im November 1948 aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht.

Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

07.12.1948

SBZ: Das Volksgericht Glauchau in Sachsen verurteilt am 7. Dezember 1948 mehrere Angeklagte wegen Wirtschaftssabotage zum Tod.

09.12.1948

USA: Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung heißt es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthält zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtet die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wird die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

21.12.1948

Berlin: Die 3 westlichen Besatzungsmächte bilden am 21. Dezember 1948 eine Westberliner

Kommandantur.

22.12.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.

Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.

Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor (des Kriegsgefangenenlagers) öffnen und dann geht es wieder heim.

... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<

24.12.1948

Berlin: Die Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 24. Dezember 1948, daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen (x112/639).

Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärt am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).

WBZ: Das bayerische Rote Kreuz berichtet am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müssen (x112/639).

UdSSR: Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtet am 24. Dezember 1948 aus einem Arbeitslager in Karaganda, Kasachstan: >>Eine eigene Stimmung liegt über dem Häuflein von 30 pelzvermummten Gestalten, das sich mühsam durch hohen Schnee den steilen Hang der Abraumhalde hinaufkämpft. - Weihnachten ist heute - Heiliger Abend! ...

Heute, nach dem Essen, vor dem unbarmherzigen Scheppern der rostigen Schiene, die die Brigade zur Nachtschicht rufen wird, war nun wieder seit langer Zeit der Politoffizier in die Baracke gekommen und hatte erklären wollen, warum und wieso die Gefangenen - also auch sie - in diesem Jahr noch nicht alle hätten heimfahren können.

Das Lied kannten sie, die Männer, die stumm und ergeben auf ihren Pritschen hockten. Früher Winter, keine Waggons, auch der Westen habe sich nicht an die Abmachungen gehalten, alles nichts Neues. ... Sinnlos, die Zeit damit totzuschlagen. Eine Stunde Schlaf wäre besser gewesen! - Das also war das Weihnachtsgeschenk ihres Gastlandes! - das und die Heiligabend-Nachtschicht bei minus 35 Grad.

Stumm, frierend warten die Männer, warte auch ich auf den Arbeitsauftrag. Die fahle Winter-sonne versinkt am westlichen Horizont, an dem Horizont, an dem auch wir so gern entschwinden möchten - auf Nimmerwiedersehen. - Endlich!

Im Gänsemarsch - (wir sind) schon geübte Schwellenläufer - geht es an die Westspitze der Kohlenhalde.

Geleise rücken! - Die Brechstange, das Universalinstrument des Ostens, klebt schwer und beißend kalt an den dünnen Handschuhen. - "Hau - ruck! Hau - ruck!"

Es will nicht so recht klappen. ... Wo sind wir auch mit unseren Gedanken! Hier in Südsibirien, im Kohlenbecken von Karaganda, in der Kasachischen Steppe bestimmt nicht.

Ob sie daheim wohl ein Bäumchen haben? Ein Bäumchen mit richtigen Lichtern, mit Zuckerwerk und Glockengeläut aus dem Radio? ---

Immer dunkler wird es. Die Filzstiefel sind knochenhart gefroren, und es poltert über die

Schwellen, wenn es wieder heißt: "Zehn vor!" oder "Zwanzig zurück!" ... Da glimmt ein Feuerchen auf. ... "Pause!" Na, Gott sei Dank! -

Nur wer schon einmal auf solch zugiger Kante aus Machorka und einem Stück "Prawda" eine Zigarren-Zigarette drehte, weiß, was jetzt kommt. Wenn sich 30 steifgefrorene, vor Vermummung unbeholfene Gestalten um ein Feuer drängen und Bärte, Wimpern und Augenbrauen auftauen. ...

Betretenes Schweigen! ... Ihre Augen werden feucht. - Und dann - zuerst ganz leise, dünn, nur ein paar Stimmen erst, dann alle, laut tönt es zum Sternenhimmel über uns, über uns und der Heimat: "Stille Nacht, heilige Nacht. Alles schläft, einsam wacht ..."

Mächtig loht das Feuer jetzt in die Nacht, prasseln Funken über uns hin, feucht werden da Augen, brechen Stimmen, und mancher wendet sich ab mit zuckenden Lippen, im Herzen bitterstes Weh. - Friede auf Erden! - Wann auch für uns? ...<<

Schweiz: Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befinden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).

28.12.1948

Großbritannien: Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

30.12.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Arbeit läßt nicht nach.

Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.

Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

1948

Berlin: Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt im Jahre 1948 über das kommunistische Tabuthema "Sowjetische Befreiungsmision 1945" (x037/33): >>Immer noch nach 3 Jahren zittert unter den Arbeitern, höre ich allgemein, die Panik - verursacht durch die Plünderungen und Vergewaltigungen - nach, die der Eroberung von Berlin folgten.

In den Arbeitervierteln hatte man die Befreier mit verzweifelter Freude erwartet, die Arme waren ausgestreckt, aber die Begegnung wurde zum Überfall, der die siebzigjährigen und zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging.

Es wird berichtet, daß die russischen Soldaten noch während der Kämpfe von Haus zu Haus, blutend, erschöpft, erbittert ihr Feuer einstellten, damit Frauen Wasser holen konnten, die Hungrigen aus den Kellern in die Bäckereien geleiteten, die unter Trümmern Begrabenen ausgraben halfen.

Aber nach dem Kampf durchzogen betrunkene Horden die Wohnungen, holten die Frauen, schossen die Widerstand leistenden Männer und Frauen nieder, vergewaltigten vor den Augen der Kinder, standen in Schlangen an vor den Häusern. ...<<

SBZ/WBZ: Die Besatzungsmächte kümmern sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25):
>>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führen vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten werden nicht selten mit böartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw.) begrüßt.

Fast alle "Neubürger" verlieren während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten ist überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen ist es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht werden, denn dort gibt es kaum Ausbildungsplätze.

In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung müssen die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern müssen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit leisten.

Viele Frauen gehen nicht selten barfuß und hungern für ihre Kinder. Sie müssen nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisten außerdem unentwegt schwerste Aufräumarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sieht man überall abgezehrte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigen Schutt, stapeln Klinkersteine aufeinander und sammeln jedes Stück Eisen oder Draht.

Nicht nur ungezählte Wohnungen liegen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer sind oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen sind unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nehmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böldcker (1933-2012) berichtet später über die Lebensverhältnisse der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/-469): >>... Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren die Elenden unter den Armen, sie hatten mehr verloren als die anderen Deutschen, sie trugen ungleich schwerer an der Last der Niederlage. Insbesondere sie hatten den Preis für den großen Krieg gezahlt.

Doch viele der Eingesessenen in Westdeutschland sahen auch dann noch, als die Verhältnisse sich allmählich zu normalisieren begannen, in den Vertriebenen nur eine Bürde, ungebetene Gäste, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machten. Das Wort "Flüchtling" wurde über Jahre

hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für "unerwünscht".

"Flüchtlingspack" johlten mancherorts die Kinder der Einheimischen hinter den Kindern der Vertriebenen her, und in der Schule spotteten sie über die Bindfäden, mit denen die Jungen und Mädchen, die aus dem Osten gekommen waren, ihr armseliges Schuhwerk banden: "Schnürsenkel haben sie bei euch wohl noch nicht erfunden?"

So lebten die Vertriebenen in Not und Elend in einer oft ablehnenden manchmal sogar feindseligen Umwelt. Und das Ende des deutschen Unglücks war unabsehbar. Es schien sich vielmehr noch zu vertiefen – durch die Politik der Besatzungsmächte, die lange Zeit darauf abzielte, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes weiter zu schmälern. ...<<

WBZ: Der deutsche Völkerrechtler Dr. Rudolf Laun (1882-1975) schreibt im Jahre 1948 über die "heilende Wirkung der Wahrheit (x309/178-179): >>Wahre Wissenschaft, die ehrlich nach Objektivität strebt, hat etwas Menschheitsversöhnendes. Denn es gibt zwar unabsehbar viel Irrtümer und leider auch bewußt vorgebrachte Unwahrheiten, aber in jeder Frage nur eine einzige Wahrheit.

Nennen wir nun, ohne uns hier in ethische Studien einlassen zu können, kurz diejenigen Menschen, welche die Wahrheit wollen und bereit sind, die Folgerungen aus der Wahrheit auch gegen sich gelten zu lassen, anständige Menschen, und unanständige jene, welche nur das wahrhaben wollen, was ihnen nützt, aber alles das nicht wahrhaben wollen, was ihnen schaden oder Opfer auferlegen könnte, so dürfen wir sagen:

Im Grunde sind alle anständigen Menschen der Welt Brüder, auch wo sie einander hassen, bekämpfen und verfolgen, denn dann kann die Feindschaft zwischen ihnen nur auf Irrtümern beruhen, die sie, die Anständigen, nicht verschuldet haben.

Es ist eines der schönsten Aufgaben der Wissenschaft, durch Streben nach Wahrheit und Aufklärung Menschen zu versöhnen. ...<<

UdSSR: Im Jahre 1948 dürfen viele verschleppte reichs- und volksdeutsche Zwangsarbeiter endlich die UdSSR verlassen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter aus Ostdeutschland und Polen (x001/84E-87E): >>... Der überwiegende Teil der zahlreichen Lager mit teils nur wenigen hundert, teils mehreren tausend Deportierten, befand sich in den Industriebezirken am Ural, im Donez- oder Don-Gebiet.

Von den Strapazen des wochenlangen Transportes waren die Deportierten so geschwächt, daß ihnen im allgemeinen nach der Ankunft einige Wochen der Ruhe gewährt werden mußten, sollten sie wieder arbeitsfähig werden. Mit der Ankunft in den russischen Arbeitslagern hörten im großen Ganzen die Quälereien durch die Wachmannschaften auf, von denen die Verschleppten auf dem Weg in die Sammellager in Ostdeutschland und bis zur Abfahrt heimgesucht worden waren. Auch Vergewaltigungen von Frauen scheinen kaum noch vorgekommen zu sein.

Statt dessen begannen besonders im Frühjahr 1945 das Übermaß der zu leistenden Arbeit und die unzureichende Verpflegung in den Lagern katastrophale Folgen hervorzurufen. Allein die Art der zu leistenden Arbeit bedeutete eine Überforderung der Deportierten. Denn in der Regel waren es die körperlich schwersten Arbeiten, die sie zu verrichten hatten.

In den Waldgebieten Nordrußlands und des Kaukasus mußten Bäume gefällt und zersägt, daneben auch schwere Erd- und Torfarbeiten geleistet werden. In den Industrievieren im Ural und am Donez und Don haben Frauen und Männer aus Ostdeutschland in langen Schichten unter Tage Kohle und Erz fördern müssen, und zahlreiche verschleppte Deutsche wurden hier auch zu schweren Verlade- und Transportarbeiten herangezogen und in Fabriken, Steinbrüchen und Ziegeleien oder beim Straßen- und Schienenbau eingesetzt.

Je nach Jahresfrist wechselten die Arbeiten. Im Sommer und Herbst nahm die Kolchoswirt-

schaft einen großen Teil Deportierter in Anspruch; im Winter bestand die Zwangsarbeit oft darin, die Schienen- und Straßenwege von den Schneemassen freizuhalten. –

Verstärkt wurden die arbeitsmäßige Überbeanspruchung und bewußte Ausnutzung durch Arbeitszeiten von oft 12 und mehr Arbeitsstunden täglich. In diesem Zusammenhang kam vor allem dem sowjetischen Leistungs- und Norm-Prinzip eine verhängnisvolle Bedeutung zu.

Je nach Gesundheitszustand und körperlicher Verfassung in Arbeitsgruppen mit verschieden hoher Norm eingestuft, haben die Deportierten oft versucht, durch Übererfüllung der Leistungsnorm sich zusätzliche Verpflegung zu erarbeiten, da der kärgliche Normalsatz oft völlig unzureichend war.

Solche regelmäßigen Übersoll-Leistungen bedeuteten aber nicht nur eine fortgesetzte Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern führten oft auch dazu, daß die Normen erhöht wurden. Im Gegensatz zu den russischen Arbeitern, die mit solchen Gepflogenheiten der "Leistungssteigerung" schon vertraut waren und sich davon kaum noch antreiben ließen, sind viele Deutsche diesem ausgeklügelten System zum Opfer gefallen.

Da die Verhältnisse in den Lagern außerdem meist völlig unhygienisch waren, nahmen - trotz anerkannter Bemühungen russischer Ärzte und Ärztinnen - Krankheiten und Sterbefälle im Jahre 1945 immer stärker zu. Weitaus die meisten Verluste, die unter den deportierten Deutschen entstanden, fielen in die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst 1945, als in manchen Lagern mehr als die Hälfte der Belegschaft zugrunde ging.

Für diejenigen, die diese Zeit überstanden, begann sich die Lage in der folgenden Zeit etwas zu bessern. Zwar ließ das Übermaß der Arbeit in Kohlengruben, in der Landwirtschaft, beim Holzfällen oder bei der Aufräumung von Städten nicht nach, aber allmählich wurden die Verpflegungssätze erhöht, so daß der Gesundheitszustand der Verschleppten sich besserte. Unterschlagungen von Lebensmitteln durch die Lagerleitung sowie Bestechungen und Übervorteilungen durch die Wachmannschaften, bei denen in manchen Lagern auch Polen mitwirkten, haben jedoch dazu geführt, daß auch später noch teilweise recht schlimme Verhältnisse herrschten.

Da die Lager für Zivilpersonen in Rußland ganz allgemein als Straf- oder Besserungslager galten, waren ihre Insassen im Grundsatz wesentlich schlechter gestellt als die deutschen Kriegsgefangenen. In den Jahren 1947-1948 wurden in manchen Lagern die strengen Bestimmungen gelockert und den Verschleppten eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Teilweise gab es zu dieser Zeit auch eine geringfügige Entlohnung für die geleistete Arbeit, so daß die Verschleppten sich Lebensmittel oder Kleidung kaufen konnten. Soweit sich ein Kontakt mit der russischen Zivilbevölkerung ergab, zeigte diese keine Feindschaft gegenüber den Deutschen.

Schon im Sommer und Herbst 1945 waren, zum Teil verursacht durch die enorm hohe Sterblichkeit, die ersten Lagerauflösungen und Rücktransporte erfolgt. Damals wurden vor allem zahlreiche Kranke und Nichtarbeitsfähige nach Deutschland entlassen; auch von ihnen starben noch manche unterwegs, obwohl die Verpflegung auf der Rückfahrt im allgemeinen wesentlich besser war als auf der Hinfahrt.

Nach der ersten großen Entlassungswelle von 1945 zogen sich die Lagerauflösungen und Rücktransporte nach Deutschland in großen Abständen und Unterbrechungen durch die Jahre 1946, 1947 und 1948 hin. Die letzten größeren Rücktransporte fanden im Jahre 1949 statt, nachdem die Verschleppten vierjährige Zwangsarbeit geleistet hatten. Seitdem sind nur noch vereinzelt verschleppte ostdeutsche Zivilpersonen zurückgekehrt. Obwohl bekannt ist, daß noch manche von ihnen in der UdSSR leben, muß zweifellos damit gerechnet werden, daß der überwiegende Teil der Nichtzurückgekehrten in Rußland verstorben ist.

Die Höhe der durch die Verschleppungsaktion unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung her-

vorgerufenen Verluste kann vorläufig nur annähernd erfaßt werden.

Nach allen bisher vorliegenden Ermittlungen und den Angaben der Berichterstatter über die Sterblichkeit in den Verschleppungslagern und während der Transporte, muß angenommen werden, daß etwa die Hälfte der Deportierten und dazu noch mehrere Tausende von denen, die zwar festgenommen und in Sammellager eingeliefert, aber nicht mehr deportiert wurden, im Verlaufe der Verschleppungsaktion umgekommen sind.

Die Gesamtverluste, die infolge der Verschleppung eintraten, beziffern sich sicher auf mindestens 100.000 bis 125.000 Tote.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Ungarn-Deutschen (x008/44E): >>...

Schon im Sommer und Herbst 1945 trafen die ersten Züge mit Rückkehrern aus Rußland wieder in der Heimat ein. Es waren ausschließlich Krankentransporte, deren Insassen bis zum Skelett abgemagert waren. Auch die Heimkehrer der folgenden Jahre wurden nur entlassen, weil sie inzwischen arbeitsunfähig geworden waren.

Seit 1948 kehrten auch Gesunde zurück, die Transporte gingen zu dieser Zeit schon in vielen Fällen über Frankfurt an der Oder, da inzwischen der größte Teil der Angehörigen der Verschleppten ausgewiesen war und in Deutschland lebte.

Insgesamt sind nach ungarischen Angaben 600.000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt worden, darunter etwa 30.000 bis 35.000 volksdeutsche Zivilisten und etwa 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene.

Dies bedeutet, daß etwa 10 % der ungarischen Verschleppten und Kriegsgefangenen Volksdeutsche waren, während deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nach dem amtlichen Volkszählungsergebnis von 1941 nur 5,2 % für Trianon-Ungarn bzw. 4,8 % für das damalige Gesamtungarn betrug.

Die meisten verschleppten Volksdeutschen stammten aus Südwestungarn, also der ungarischen Batschka und der Schwäbischen Türkei. Das Deutschtum um Budapest wurde nur in den ostwärts der Donau gelegenen Orten radikal von der Verschleppung erfaßt. In den westlichen Vororten, im Ofener Bergland, dem Industriegebiet, ist die Aktion nur in einzelnen Gemeinden durchgeführt worden, während andere Orte dieser Gegend, ebenso wie das schon erwähnte Westungarn, von dem Verschleppungsvorgang völlig unberührt geblieben sind.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Jugoslawien-Deutschen (x006/96E-97E): >>...

Bis 1947 wurde häufig wochentags in zwei Schichten zu 12, sonntags zu 9 Stunden gearbeitet, später in drei Schichten zu je 8 Stunden.

Die mangelnde fachliche Qualifikation für die Arbeitsleistungen, allgemeine Erschöpfung und ungenügend geschützte Arbeitsplätze führten häufig zu schweren Unfällen. Die Ernährung war völlig unzulänglich und stand in keinem Verhältnis zur geforderten Leistung. Wenn sich die Versorgung auch allmählich im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse in der Sowjetunion nach dem Kriege hob - insbesondere bedeutet das Jahr 1947 hier einen gewissen Wendepunkt - und die Möglichkeiten eines zusätzlichen Lebensmittelerwerbs, z.B. durch Arbeit auf Kolchosen, zunahm, so forderten Hunger, Unfälle und Unterernährung doch viele Todesopfer.

Dazu kamen die mangelhaften hygienischen Verhältnisse; sie riefen in den Lagern zahlreiche Epidemien hervor, die durch die Überfüllung der Massenquartiere, fehlende ärztliche Behandlung und Medikamentenmangel noch gesteigert wurden.

Die ersten Kranken und Arbeitsunfähigen wurden im Sommer 1945 entlassen. Weitere Krankentransporte wurden im Laufe der Jahre 1946, 1947 und 1948 zusammengestellt. Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung dieser Lager im Oktober/November 1949.

Die Transporte wurden über Frankfurt (Oder) in die sowjetische Besatzungszone Deutsch-

lands geleitet. Einige kleinere Krankentransporte wurden im Sommer und Herbst 1945 nach Jugoslawien zurückgeführt, wo man die von den Sowjets entlassenen Heimkehrer sofort in die bestehenden Zwangslager für Volksdeutsche verbrachte.

Als im Laufe des Jahres 1946 weitere Volksdeutsche aus Jugoslawien mit Krankentransporten ins rumänische Entlassungslager Focsani kamen und dann in ihre Heimat weitergeleitet werden sollten, verweigerten die jugoslawischen Behörden ihre Aufnahme. Die Transporte dieser Heimkehrer wurden dann wochenlang im Grenzgebiet zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn hin- und hergeschoben, bis sie sich zerstreuten oder sie schließlich von den ungarischen Behörden nach Österreich abgeschoben wurden.

Die Gesamtzahl der in die Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen läßt sich nach der Zahl und Stärke der ermittelten Transporte auf ca. 27.000 bis 30.000 schätzen.

Die Verlustquote ist schwerer zu bestimmen, jedoch wird man annehmen dürfen, daß ca. 16 Prozent der Deportierten in der Sowjetunion verstorben sind; die Mehrzahl der Überlebenden wurde durch Krankheiten und Entbehungen physisch gebrochen.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Rumänien-Deutschen (x007/80E):

>>... Schon im Spätsommer 1945 kehrten die ersten Krankentransporte nach Rumänien zurück. Weitere Transporte mit Arbeitsunfähigen folgten.

In den Jahren 1946/47 wurden diese Heimkehrerzüge allerdings fast ausschließlich über Frankfurt/Oder nach Mitteldeutschland geführt; eine Rückkehr nach Rumänien wurde den Angehörigen dieser Transporte, die zum Teil jahrelang in sowjetzonalen Arbeitslagern oder zur Landarbeit eingesetzt wurden, im allgemeinen nicht gestattet.

Die Masse der Deportierten wurde in den Jahren 1948/49 nach Rumänien oder Deutschland zurückgeführt; die letzten konnten erst 1950/51 heimkehren.

Nach zuverlässigen Schätzungen muß mit einer Verlustquote von nahezu 15 % gerechnet werden: mehr als 10.000 kehrten nicht zurück. Von den Heimkehrern blieb fast die Hälfte in Deutschland und Österreich.<<

Reichs- und volksdeutsche Verschleppungsoffer, die aus den Deportationsgebieten Ost-Mitteleuropas sowie aus den Besatzungszonen der alliierten Siegermächte in die Sowjetunion verschleppt wurden

Deportationsgebiete	Anzahl der Verschleppten	%	Verschleppungsverluste
Ostpreußen	44.000		19.800
Ostpommern	49.000		22.000
Ostbrandenburg	17.000		7.700
Schlesien	62.000		27.900
Deutsche Ostprovinzen	172.000	1)	77.400
Memelland	10.000	2)	1.000
Danzig	12.000		5.400
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	8.000		3.600
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	26.000		11.700
Polnische Gebiete	46.000	3)	20.700
Jugoslawien	30.000	4)	13.500
Rumänien	75.000	5)	33.700
Ungarn	35.000	6)	15.800
Balkan	140.000		63.000
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	196.000		84.700
Ost-Mitteleuropa	368.000		162.100
Aus den deutschen Reichsgebieten verschleppte Rußland-Deutsche (sog. Zwangsrepatriierte)	300.000	7)	111.000
Aus der SBZ verschleppte "Straftäter"	40.000	8)	8.800
In die UdSSR verschleppte Reichs- und Volksdeutsche	708.000	10)	281.900
Innerhalb der Sowjetunion "umgesiedelte" Rußland-Deutsche	900.000	9)	239.000
Insgesamt	1.608.000		520.900

Quellen: 1) - 3) = x001/83E,87E, x026/91, 4) - 6) = x006/96E, x007/79E, x008/44E, 7) - 10) = x026/31,63,91.

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 (x010/34): >>Die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße dürfte mehr als 400.000 Menschen betragen haben, wovon ca. 55 % überlebten. Demnach wären in den Lagern und auf Transporten ca. 200.000 verstorben ...<<

Kurt W. Böhme ("Gesucht wird ... Die dramatische Geschichte des Suchdienstes", S. 275) ermittelte sogar rd. 874.000 deutsche Zivilisten, die wahrscheinlich nach Sibirien und Zentralasien verschleppt wurden. Von diesen Deportierten kamen ca. 341.000 in der UdSSR um (x026/91).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60):

1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

1949

Es gibt zwei Wahrheiten, die sich in dieser Welt niemals trennen lassen: Die erste Wahrheit ist, daß die Souveränität beim Volke liegt; und die zweite Wahrheit ist, daß das Volk die Souveränität nicht ausübt.

Antoine de Rivarol, eigentlich A. Rivaroli (1753-1801, italienischer Schriftsteller)

01.01.1949

SBZ: Im Rahmen der Bodenreform hat man bis zum 1. Januar 1949 in der SBZ bereits 11.390 private Landwirtschaftsbetriebe enteignet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bodenreform" in der SBZ (x009/79): >>Die sog. Bodenreform der SBZ erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzverwaltungen (3.9.1945: Provinz Sachsen, 6.9.1945: Provinz Mark Brandenburg, 7.9.1945: Land Mecklenburg-Vorpommern, 11.9.1945: Land Sachsen, 12.9.1945: Land Thüringen).

Die Bodenreform wurde offiziell begründet als "unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit". Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie Betriebe von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten". Mit der Enteignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die Gutshäuser wurden zum großen Teil "als Wahrzeichen des Feudalismus" abgerissen.

Bis 1.1.1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7.112 Güter mit 2,5 Millionen ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4.278 Betriebe mit 124.000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie einen Bodenfonds von rund 3,22 Millionen ha Land- und forstwirtschaftlicher Fläche.

Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119.530 landlose Bauern und Landarbeiter 924.365 ha; an 89.529 Vertriebene 754.976 ha; an 80.404 landarme Bauern 270.949 ha; an 45.403 Kleinpächter 43.969 ha; an 169.427 Arbeiter und Handwerker 111.203 ha; an 39.786 Altbauern (Waldzulagen) 60.140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in "Volkseigentum" übergeführt (Volkseigene Güter).

Das den Bodenempfängern durch die Bodenreform zugeteilte Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1.000-1.500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Bodenkommissionen festgesetzt. Die Bezahlung konnte in bar oder natura in Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. Bodenreform-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Über die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändigt. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt.

Gemäß Befehl 209 der SMAD sollte durch ein Bodenreform-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209.000 Neubauern mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden. Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programms verhindert ...<<

WBZ: Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisiert am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<

08.01.1949

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>>Jeder Fünfzehnte ...

Drei Noten gingen am Montag gleichzeitig im Moskauer Außenministerium ein. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich ließen durch ihre diplomatischen Vertreter anfragen, ob Rußland die noch in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 entlassen habe. Das war zwischen den Außenministern der großen Vier am 23. April 1947 beschlossen worden.

In ihrer Anfrage machten die Westmächte gleich die Gegenrechnung auf. In der englischen Note wurde von den 447.367 Kriegsgefangenen aus Rußland gesprochen, die nachgewiesenermaßen bis Ende 1948 in Deutschland eingetroffen sind. Die Schlußfolgerung: Noch mindestens 200.000 deutsche Kriegsgefangene müssen sich in sowjetischer Hand befinden.

Molotow schwieg, wie er auch die britische Note vom 9. März 1948 "über die gegenseitige Benachrichtigung von Todesfällen kriegsgefangener Soldaten" nicht beantwortet hat. Statt dessen schlug die "TASS" Lärm. "Lügner" und "Verleumder" wurden die westlichen Anfrager gescholten, und nach den west-verfügten PoW's wurde gefragt, die angeblich auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kriegsdienste leisten dürfen. Nur für die deutschen Mithörer gab es ein Trostpflasterchen: Der Rest der Kriegsgefangenen wird dem sowjetischen Plan entsprechend im Laufe des Jahres 1949 nach Deutschland zurückgebracht werden.

Wie viele Deutsche es genau sind, die noch ein Jahr russische Kriegsgefangenschaft vor sich haben, weiß niemand. Es gibt in ganz Deutschland keine amtliche Stelle, die nachzuforschen hätte, wieviel Deutsche sich heute noch außer Landes befinden oder in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Karitative Organisationen und politische Parteien haben auf eigene Faust recherchiert.

In Hannover in der Odeonstraße bei der SPD-Reichsleitung macht dies von parteiamtswegen Hans Stephan. Was in den Heimkehrerlagern die Angehörigen verschollener Kriegsgefangener aus privater Herzensnot tun, daß sie nämlich den heimkehrenden Kameraden die Bilder ihrer Vermißten vorhalten, hat Stephan zu einem System erhoben. Er sammelt Einzelnachrichten von Ostheimkehrern und trägt aus vielen tausend Steinchen ein Kriegsgefangenen-Mosaik zusammen.

Ursprünglich war dem einstigen Breslauer SPD-Kassierer, Ostvertriebenen und Ägypten-PoW mehr die propagandistische Seite des Kriegsgefangenenproblems ans Herz gelegt worden. Er sollte Außenminister Molotow Lügen strafen. Der hatte nämlich am 31. März 1947 die Zahl der in der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen mit 890.532 angegeben. Diese Zahl schien vielen Deutschen, vielen Ausländern - noch in der britischen Note vom Montag wird sie wieder in Zweifel gezogen - und dem SPD-Reichsvorstand viel zu niedrig. Die Odeonstraße startete eine Aktion, um die wirkliche Zahl aller Rußland-Gefangenen herauszubekommen (vgl. Spiegel Nr. 19/47).

Hans Stephan fing an zu sammeln. Stoßweise schüttete die Post einzelne Angaben und Mitteilungen auf seinen und seiner Mitarbeiter Schreibtische. Je länger er sammelte und je intensiver er auswertete, um so mehr begriff er, wie Molotow zu den 890.532 gekommen war.

Hans Stephan rechnet so: Die sowjetamtliche TASS-Agentur hat im April 1945 3,8 Millionen Deutsche in russischer Hand gemeldet. Wenn man den Durchschnittssatz von 20 Prozent Zivilinternierten von den TASS-Zahlen abzieht, so bleiben drei Millionen deutsche Kriegsgefangene, die sich im Mai 1945 in russischer Hand befanden. Seitdem seien, will Stephan errechnen haben, 1,5 Millionen entlassen worden, eine halbe Million amtlich zugegebener stehe noch aus. Die restliche Million deutscher Männer müsse aber wohl abgeschrieben werden.

Von den seit Februar 1948 im Lager Friedland befragten Heimkehrern sind 690.000 Namen von Soldaten genannt worden, die während der Gefangenschaft verstorben sind. Durch Fried-

land wird bestenfalls nur ein Drittel aller Ostheimkehrer geschleust. Mögen sich die Angaben auch oft überschneiden, sagt Hans Stephan, so ergibt sich doch, daß jeder siebenzigste Deutsche, jeder fünfzehnte deutsche Soldat in der sowjetischen Gefangenschaft erfroren oder verhungert ist.

Lage und Name von über 1.000 Kriegsgefangenenlagern in West-Rußland hat Hans Stephan feststellen und in eine Karte eintragen lassen. Das Material über die Lager jenseits des Ural ist noch zu unvollständig, um veröffentlicht zu werden.

Das aber konnte man in Erfahrung bringen: Die Lager der Nummern 1.000 bis 6.050 sind Lazarett-, Erholungs- und Schulungslager. Die Lager der Nummern 6.300 bis 6.500 unterstehen der Roten Armee und arbeiten für sie. Die Insassen von 7.000 bis 7.961 sind in Bergbau, Straßenbau, Landwirtschaft und Industrie eingesetzt.

Ergänzt werden Hans Stephans Ermittlungen durch den Kriegsgefangenenausschuß des Stuttgarter Länderrats. Der hat aus Heimkehrermunde von zwölf Schweigelagern in der Sowjetunion erfahren. Deren Insassen dürfen auch heute noch nicht nach Hause schreiben. Die Zahl zwölf wird als Mindestangabe geschätzt. Wahrscheinlich gibt es noch viel mehr Lager, deren Insassen wie in einem lebendigen Sarge gehalten werden.

Die Stuttgarter wissen auch von mindestens 28.000 weiteren Kriegsgefangenen, die Polen noch zurückhält. Von ihnen sollen nur einmal die entlassen werden, die in der Sowjetzone beheimatet sind. So hat es Moskau der Warschauer Regierung befohlen. Warschau selbst gibt eine andere Auskunft. Es will erst dann die West-Beheimateten nach Hause schicken, wenn ein entsprechender Vertrag abgeschlossen ist. Mit wem dieser Vertrag zu schließen sein würde, sagt Polen nicht.

Hans Stephan wird weiter sammeln und auswerten müssen. Nach dem russischen "Vertragsbruch", wie "OMGUS-Berlin" kommentierte, bleibt ihm zumindest noch für 1949 Arbeit genug. Mit ihm warten die Angehörigen in Deutschland. Für sie hatte die sowjetisch lizenzierte "Berliner Zeitung" zu Weihnachten einen wohlgefälligen Trost:

"Wer einen Kriegsgefangenen aus dem Osten erwartet, weiß sicher, daß er heimkehren wird. Sie leben friedlicher als wir, formen sich schneller als wir zu neuen zukunftsreichen Menschen und Friedenskämpfern." <<

20.01.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Januar 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/90-96): >>20. Januar 1949. Der Kopftausch geht weiter. Kopftausch ist der amtliche Ausdruck für den Austausch von vermißten Kindern, die von Ost nach West oder von West nach Ost geleitet werden. Heute kamen 586 Kinder aus dem Osten nach Friedland an und umgekehrt wurden 170 Kinder aus Westdeutschland zu ihren Eltern nach Ostdeutschland geschleust. ...

... Nirgendwo wird die Teilung Deutschlands in zwei Hälften deutlicher sichtbar als hier. Hier, an einer der wenigen Nahtstellen, die es zwischen Osten und Westen noch gibt.

Alle Sanitätswagen, die der Lagerleitung zur Verfügung standen, waren bis zum Schlagbaum beordert worden und hier in Reihe aufgestellt. Auch von "drüben" waren Wagen herangekommen, hielten an der dortigen "Grenze" und dann begannen die Helfer damit, das Gepäck zu übergeben und zu übernehmen.

Das war nicht ganz einfach. Mitten im Niemandsland, genau an der "Grenze", ist ein breiter und tiefer Sperrgraben ausgehoben worden, damit ja niemand auf den Gedanken kommen kann, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu fahren. Dieser Graben soll das verhindern. Um aber ganz sicher zu gehen, wurde außerdem noch von sachkundiger Hand ein regelrechter Stacheldrahtverhau gezogen.

... Dann war auch das letzte Bündel übergeben, das letzte Formular überreicht, die letzte Unterschrift geleistet. In den Sanitätswagen hatten es sich die Kinder bereits bequem gemacht.

Andere fuhren in Omnibussen. Das Lager nahm sie auf.

In den Kinderbaracken begann es bald lustig und fröhlich zu werden. Bei all dem schweren, daß diese Mädels und Jungen durchmachen mußten, hat ihnen doch die Kindheit geholfen, sich eine gewisse Unbekümmertheit zu bewahren. ...

Nach einiger Zeit, als sich die Freude und die laute Fröhlichkeit legte, Ruhe und eine lastende Stille eintrat, merkte jeder, daß diese Kinder nicht nur unermeßliches Leid mit ansehen, sondern auch selbst durchstehen mußten. Körperliche Qualen, seelische Schmerzen. Diese schlimmen Erlebnisse und Leiden haben ihre Zeichen in den Gesichtern hinterlassen. Dort wurde eingraviert, was es heißt, ohne Vater und ohne Mutter, fern der Heimat, voller Erschütterungen ein kleines Leben, angefüllt mit Sehnsucht nach einer liebenden Hand, zu fristen.

Später wurden alle Kinder noch einmal zur Lagerleitung gerufen. Man fragte sie aus, ob nicht doch eines von ihnen Angaben über andere vermißte Kinder machen konnte. Einzeln traten sie herein. Jedes von ihnen hatte eine große Schnur um den Hals mit einem Pappschild, auf dem der Name geschrieben war. Andere waren mit Erkennungsmarken aus Blech versehen, auf denen Name, Geburtsdatum und manchmal auch die Anschrift der Eltern zu lesen stand. ... Viele Kinder wußten damals nicht mehr als ihren Vornamen. ...

Noch immer warten viele tausend Kinder in Ost und West darauf, zu ihren Eltern zurückkehren zu können. ... Deshalb fragen wir die Kinder auch noch einmal aus. Manchmal bringt eine winzige Angabe den Anstoß zur richtigen Spur. ...

Nach unseren Unterlagen befinden sich noch versprengte Kinder in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Frankreich, Belgien, Dänemark – um nur einige Länder zu nennen. Das DRK konnte bereits nach dem Kriege 17.000 Kinder wieder den richtigen Eltern zuführen. Ein hartes, aber schönes und segenbringendes Stück Arbeit. Nach den anderen Tausenden, die noch auf den Vater oder die Mutter warten, müssen wir weitersuchen.

Abends waren bereits über 400 Kinder, von DRK-Schwestern begleitet, mit den Zügen unterwegs zu ihren Eltern irgendwo in Westdeutschland. ...

Manches Kind wird allerdings vergeblich auf die Eltern warten. Der Vater liegt vielleicht auf einem Soldatenfriedhof ... Die Mutter ruht an einer der großen Rückzugsstraßen aus dem Osten. ...<<

USA: US-Präsident Truman fordert am 20. Januar 1949 im nordamerikanischen Kongreß ein Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer (x272/255-256): >>... Wir müssen ein neues, Kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unserer Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden.

Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter ärmlichen, ja elenden Umständen. Ihre Ernährung ist unzureichend, Krankheiten und Epidemien grassieren. Die Wirtschaftsformen sind primitiv und veraltet. Ihre Armut bildet nicht nur für sie selber, sondern auch für die begünstigteren Weltgegenden eine Gefahr.

Zum erstenmal in der Geschichte besitzt heute die Menschheit das Wissen und Können, die Leiden dieser Millionen zu lindern.

Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, die Bemühungen aller freien Völker zu unterstützen, ihre Lebensmittel-, Textil- und Baumwollproduktion zu steigern und neue Kraftwerke zu bauen. Wir laden alle Staaten ein, unsere und ihre technische Erfahrung für dieses große Unternehmen zusammenzulegen. ...

Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handelns auf demokratischer Basis nichts zu tun.

Ein konstruktives Programm zur besseren Verwertung der natürlichen Schätze und der Arbeitskraft der Welt wird allen Ländern, auch unserem eigenen, Segen bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unser Warenaustausch mit Ländern zunimmt, die sich wirtschaftlich entfalten. Eine größere Erzeugung bildet den Schlüssel zur Wohlfahrt und zum Frieden. Und den

Schlüssel zu einer größeren Erzeugung bildet die weltweite intensive Anwendung moderner wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse.

Die große Familie der Völker kann nur dann ein menschwürdiges Dasein für alle ihre Glieder sichern, wenn sie den Unglücklichsten unter ihnen hilft, sich selber zu helfen.

Einzig die Demokratie vermag es, den Völkern den Elan und den Aufschwung zu vermitteln, nicht nur über Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch über die uralten Feinde Hunger, Not und Verzweiflung zu triumphieren. ...<<